

# JAHRESBERICHT

## 2025



## Bewahren, was wir lieben...

Oh ja – ein guter Gedanke.

Aber halt.

«Bewahren, was wir lieben», ist ja ausgerechnet der Untertitel der fremdenfeindlichen 10-Millionen-Initiative der SVP, über die wir am 14. Juni 2026 abstimmen.

Was sie bewahren will, ist jedoch eine kleinkrämerische, egoistische, eingeeigelte, misstrauische und rassistische Schweiz.

Eine Schweiz der Abschottung.

Eine Schweiz mit eingeschränktem Einbürgerungsrecht.

Eine Schweiz, in der Zugehörigkeit immer enger definiert wird.

Eine Schweiz mit geschlossenen Grenzen – die aber offen bleiben soll für wertvolle Güter, billige Arbeitskräfte, Geld und Gier.

Eine solche Politik bewahrt nicht, was dieses Land stark macht.

Unter dem Decknamen der «Nachhaltigkeitsinitiative» strebt sie eine starre Obergrenze für die Wohnbevölkerung an und nimmt dafür den Bruch internationaler Abkommen bewusst in Kauf – namentlich des Freizügigkeitsabkommens mit der EU, der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UNO-Kinderrechtskonvention.

Ihr Ziel ist klar: Migrant:innen, Geflüchtete und Schutzsuchende fernzuhalten.

Dabei gibt es vieles, das in der Schweiz tatsächlich bewahrenswert ist: die gute Infrastruktur, die flexible Bildungslandschaft, die solidarische Sozialhilfe, das dichte und vielfältige Kulturleben und die Sorge um eine lebendige Demokratie.

Wir möchten eine Schweiz bewahren, die internationale Konventionen achtet und anwendet, die rechtsstaatliche Prinzipien ernst nimmt und Brücken zur EU baut, statt sie mutwillig einzureissen.

Wir möchten eine Schweiz bewahren, in der Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie weiterhin verboten sind. Eine Schweiz, in der Regierungen und Parlamente auf allen Ebenen verantwortungsvoll handeln, auch wenn die politischen Auseinandersetzungen oft mühsam ausufern.

Vieles gibt es zu bewahren, vieles weiterzudenken und weiterzuentwickeln. Mit mehr Offenheit, mehr Gastfreundschaft, mehr Verständnis und Rechte für Menschen in schwierigen Lebenssituationen wäre die Schweiz ein noch besseres Land. Gerade deshalb dürfen wir nicht hinnehmen, wenn politische Initiativen genau diese Grundhaltungen verwässern und infrage stellen.

Damit internationale Solidarität, Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte auch künftig die Grundlage einer offenen und verantwortungsvollen Schweiz bleiben, wird sich die SBAA in den kommenden Monaten der schändlichen SVP-Initiative entschieden entgegenstellen.

Dass wir dies tun können, verdanken wir unseren Mitgliedern, Förderpartner:innen und den vielen engagierten Menschen in unserem Umfeld. Ihnen allen gilt unser herzlicher Dank.

Ruth-Gaby Vermot  
Präsidentin SBAA

Schweizerische Beobachtungstelle  
für Asyl- und Ausländerrecht  
Hallerstrasse 58  
3012 Bern

031 381 45 40  
geschaeftsstelle@beobachtungsstelle.ch  
www.beobachtungsstelle.ch

## Ein Jahr im Zeichen der Administrativhaft

Mit dem im Juni erschienenen Fachbericht «**Weggesperrt – Die ausländerrechtliche Haft in der Schweiz**» hat die SBAA 2025 ein Thema ins Zentrum gerückt, das in der politischen Debatte oft verkürzt oder kriminalisierend behandelt wird: den Freiheitsentzug zur Sicherstellung einer Wegweisung. Jährlich sind davon in der Schweiz rund 3'000 Menschen betroffen. Der Bericht zeigt, dass Administrativhaft in der Praxis häufig vorschnell und unverhältnismässig angeordnet wird, Verfahrensgarantien zu wenig greifen, Alternativen zu selten geprüft werden und die Dokumentation der Haft lückenhaft bleibt, mit gravierenden Folgen für die Betroffenen. Besonders problematisch ist zudem, dass in einzelnen Kantonen weiterhin Minderjährige inhaftiert werden.

Der Fachbericht verbindet juristische Analysen mit konkreten Einzelfallbeobachtungen. Er stützt sich auf Rechtsgrundlagen, Fachliteratur, Statistiken und Gerichtsurteile sowie auf sieben **aufgearbeitete Einzelfälle (Nr. 497–503)**. Aus den gewonnenen Erkenntnissen leitete die SBAA zehn Forderungen an Politik und Behörden ab. Diese bildeten im weiteren Jahresverlauf die inhaltliche Grundlage für Gespräche, Veranstaltungen und politische Folgeprozesse.

Die Publikation war der Ausgangspunkt für eine **breit angelegte Sensibilisierungs- und Öffentlichkeitsarbeit**. Die Veröffentlichung stiess in Fachkreisen, in der breiteren Öffentlichkeit und im politischen Raum auf grosse Resonanz. Über ein Dutzend Medien griffen die Kritik des Berichts auf und zitierten ihn in ihrer Berichterstattung. Zudem gab der Fachbericht Anstoss zu einer ausführlichen dreiteiligen Recherche in der «Hauptstadt».

Die SBAA organisierte verschiedene **Veranstaltungs- und Austauschformate**, an denen Personen aus NGOs, Medien, Politik und Forschung teilnahmen. Dazu gehörten Führungen in drei verschiedenen Administrativhaftzentren, eine Filmvorführung mit anschliessender Podiumsdiskussion sowie ein gemeinsam mit AsyLex am Asylokongress in Bern durchgeführter Workshop.



Auch politisch setzte der Fachbericht wichtige Folgeprozesse in Gang. In drei Kantonen wurden die **Forderungen in Vorstössen aufgegriffen und in der politischen Diskussion** eingebracht. Zudem konnte die SBAA ihre Erkenntnisse in einer politischen Fachkommission auf Bundesebene präsentieren und steht seither im strategischen Austausch mit Vertreter:innen des Parlaments. Auch auf behördlicher Ebene stiess der Bericht auf Offenheit: Das Staatssekretariat für Migration (SEM) lud die SBAA zu einem Austausch ein, bei dem unsere Vorschläge aufgenommen und derzeit geprüft werden.

Zu den **weiteren Tätigkeiten der SBAA-Geschäftsstelle** im Jahr 2025 gehörte die Erarbeitung von vier ParLettern, einem juristischen Format zuhanden des Parlaments, welches der Einordnung der laufenden asyl- und ausländerrechtlichen Themen dient. Darüber hinaus wurden vertiefte Analysen zu ausgewählten politischen Geschäften erstellt, Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren verfasst und die Vernetzung mit Partnerorganisationen, insbesondere der regionalen Beobachtungsstelle der Westschweiz ODAE-Romand, im Hinblick auf die gemeinsame Falldatenbank weiter gestärkt.

## 10 Jahre Plattform ZiAB

2025 markierte für die Plattform ZiAB ihr zehnjähriges Bestehen. Seit 2015 steht sie für zivilgesellschaftliches Engagement rund um die Bundesasylzentren- für Vernetzung, Dialog, Praxisbeobachtung und fachlichen Austausch.

Auch im Berichtsjahr setzte die ZiAB ihre laufende Arbeit fort. Dazu gehörten der Austausch mit engagierten Akteur:innen aus dem Umfeld der Bundesasylzentren sowie der Dialog mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM). Beim **jährlichen Treffen mit dem SEM** standen insbesondere Fragen zur Einschulung, der Kinderbetreuung und der Gesundheitsversorgung im Zentrum. Ein weiteres wichtiges Ereignis war das Fach- und Austauschtreffen am 25. Oktober 2025 im Käfigturm in Bern. Unter dem Motto «**Vernetzung – Wissen – Engagement**» bot es Raum für fachliche Inputs, persönliche Begegnungen und Vernetzung unter den teilnehmenden Freiwilligengruppen.

Im Spätherbst verabschiedeten wir **Magdalena Waeber** als Leiterin der Fach- und Koordinationsstelle ZiAB. Während zwei Jahren hat sie die Aktivitäten der Plattform mit grossem Engagement fortgeführt. Für ihren Einsatz und die geleistete Arbeit danken wir ihr herzlich. Ebenso danken wir **Nora Engler** für ihre wertvolle Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Austauschtreffens.

Ausblick 2026

## Gemeinsam stärker

Das Jubiläumsjahr der ZiAB stand zugleich im Zeichen der strukturellen Weiterentwicklung der Plattform. Bisher war die ZiAB der SBAA administrativ angegliedert. Zwischen Sommer und Herbst 2025 prüfte eine Arbeitsgruppe, die sich aus Mitgliedern des SBAA-Vorstands und der ZiAB-Steuergruppe zusammensetzte, die organisatorische Zukunft der Plattform und bereitete eine engere institutionelle Einbindung in die SBAA vor. Die Arbeitsgruppe empfahl, die ZiAB ab 2026 als Partnerin in die Vereinsstruktur der SBAA zu integrieren. Die strategische Leitung des Programms soll künftig an den Vorstand der SBAA übergehen, während ein neu formierter Beirat die bisherige Steuergruppe der ZiAB als beratendes Gremium ablöst.

Damit geht die geplante Zusammenführung über eine rein organisatorische Massnahme hinaus. Ziel ist es auch auf inhaltlicher Ebene, die Erfahrungen der SBAA in der rechtlichen Dokumentation enger mit dem langjährigen Engagement zahlreicher Freiwilliger rund um die Bundesasylzentren zu verbinden und die gemeinsame Arbeit zu stärken. Damit soll die Grundlage für eine gut vernetzte und sichtbarere zivilgesellschaftliche Stimme geschaffen werden.

**Auch personell wird diese Neuaufstellung ab 2026 sichtbar:** Chiara Bugmann tritt im März 2026 die Stelle als Leiterin der Fach- und Koordinationsstelle ZiAB mit einem 60% Pensum an und bildet gemeinsam mit der bisherigen Co-Geschäftsleiterin der SBAA, Meret Hofer, die neue Geschäftsleitung der SBAA und ZiAB. Lars Scheppach wird sich künftig als Programmleiter «Publikationen und Advocacy» ganz auf die juristische Arbeit konzentrieren. Unterstützt wird die Geschäftsstelle weiterhin durch die Treuhänderin Lilian Jeannerat beim Jahresabschluss, Mitgliederverwaltung und Personal sowie Bruno Lustenberger als IT-Fachmann. Neu wird im Jahr 2026 erstmals ein Kurzpraktikum im Rahmen der Human Rights Law Clinic der Universität Bern angeboten.

Den Auftakt für die neue Zusammenarbeit bildet eine gemeinsame Retraite von Geschäftsstelle und Vorstand, an der zentrale Handlungsfelder identifiziert und erste strategische Leitlinien für die Weiterentwicklung definiert werden. Parallel dazu wird auch die inhaltliche Kernarbeit der SBAA konsequent weitergeführt. Der diesjährige Fachbericht widmet sich **den faktischen Hürden beim Familiennachzug**, die dazu führen, dass Familien trotz rechtlichem Anspruch oft jahrelang getrennt bleiben. Die Veröffentlichung ist für September 2026 vorgesehen.

Votum 2026

## Unter dem Deckmantel der «Nachhaltigkeit»

Am 14. Juni 2026 stimmt die Schweiz über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» ab, die von ihren Urheber:innen irreführenderweise auch als «Nachhaltigkeitsinitiative» bezeichnet wird. Aus Sicht der SBAA verbirgt sich hinter diesem Titel jedoch kein ernsthafter Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, sondern ein weiterer fremdenfeindlicher Vorstoss in einer langen Tradition rechter Abschottungsinitiativen, die mit der Schwarzenbach-Initiative ihren Anfang nahm. Das vermeintliche Ziel der Initiative ist die Begrenzung der Zuwanderung aus Nachhaltigkeitsgründen. Tatsächlich geht es ihr aber darum, grundlegende Rechte abzubauen, und zwar nicht nur zulasten der ausländischen Wohnbevölkerung, sondern aller Menschen in der Schweiz, einschliesslich der Kinder.

### Was genau behauptet die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!»?

Die Initiative verlangt, dass die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 10 Millionen Menschen nicht überschreitet. Nach 2050 dürfte diese Grenze nur noch im Umfang des jährlichen Geburtenüberschusses angehoben werden. Damit würde weiteres Bevölkerungswachstum faktisch ausschliesslich über Geburten ermöglicht. Bereits ab einer Wohnbevölkerung von 9,5 Millionen Menschen sollen das Asylrecht und der Familiennachzug eingeschränkt werden. Ab 10 Millionen Menschen dürften keine vorläufigen Aufnahmen, Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligungen, Einbürgerungen oder andere Bleiberechte mehr gewährt werden. Darüber hinaus verlangt die Initiative die Neuverhandlung internationaler Verträge oder deren Kündigung, sollte für die Schweiz keine Ausnahmeregelungen erreicht werden.

### Warum die Rede von «Nachhaltigkeit» irreführend ist

Aus Sicht der SBAA ist es zynisch, dass die SVP ausgerechnet für diese Initiative den Begriff der «Nachhaltigkeit» verwendet, obwohl sie sich regelmässig gegen nachhaltige Lösungen für reale Herausforderungen wie Umweltzerstörung oder Klimaerwärmung stellt. Die Bezeichnung dient offensichtlich der Irreführung und folgt inhaltlich einer bekannten Sündenbocklogik: Unter dem Vorwand, Wohnungsnot, Verkehrsüberlastung oder den Druck auf den Sozialstaat zu bekämpfen, macht sie einmal mehr die Migration für ganz unterschiedliche gesellschaftliche Probleme verantwortlich. Dass diese Herausforderungen komplexe Ursachen haben und differenzierte politische Antworten erfordern, blendet sie aus.



### Was die Initiative tatsächlich bezweckt

Die Initiative beabsichtigt keineswegs eine Begrenzung der Bevölkerung. Sie will lediglich die ständige Wohnbevölkerung begrenzen und das Recht auf Asyl einschränken. Zur ständigen Wohnbevölkerung zählen laut Initiativtext «alle Schweizer Staatsangehörigen mit einem Hauptwohnsitz in der Schweiz sowie alle ausländischen Staatsangehörigen mit einem Aufenthaltstitel für mindestens zwölf Monate oder mit einer Aufenthaltsdauer in der Schweiz von mindestens zwölf Monaten». Das bedeutet, dass Menschen mit kürzeren Aufenthalten unbegrenzt in die Schweiz kommen könnten, ohne dass ihnen die mit einem gesicherten Aufenthalt verbundenen Rechte gewährt werden müssten. Genau darin liegt aus Sicht der SBAA die eigentliche Stossrichtung der Initiative. Sie folgt einer Logik, die an das frühere Saisonierstatut erinnert: Arbeitskräfte sollen zeitlich befristet in der Schweiz tätig sein, unter prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen leben, kaum Rechte haben – insbesondere kein Recht auf Familiennachzug – und je nach wirtschaftlicher Lage wieder weggeschickt werden können, sobald sie nicht mehr gebraucht werden.

### Warum die Initiative die Rechte aller gefährdet

Internationale Abkommen schützen die Rechte aller Menschen in der Schweiz, selbstverständlich auch jene der Schweizer Staatsangehörigen. Seit Jahren versucht die SVP, die Schweiz zur Kündigung dieser Abkommen zu zwingen. Mit der Annahme ihrer neusten Initiative würde sie diesem Ziel einen grossen Schritt näherkommen. Nebst dem Freizügigkeitsabkommen und den damit verbundenen bilateralen Verträgen mit der EU könnten laut bundesrätlicher Botschaft auch zentrale internationale Übereinkommen wie die Europäische Menschenrechtskonvention, die Flüchtlingskonvention, die Kinderrechtskonvention sowie der UNO-Pakt II davon betroffen sein. Für die SBAA zeigt sich gerade daran, dass diese Initiative weit über migrationspolitische Fragen hinausgeht und die Rechte und Lebensgrundlagen aller Menschen in der Schweiz gefährdet.

Aus Sicht der SBAA zeigt diese Initiative deutlich, wohin eine Politik führt, die gesellschaftliche Herausforderungen mit Abschottung und dem Abbau von Rechten beantworten will. Sie gefährdet nicht nur den Schutz von Migrant:innen und Geflüchteten, sondern auch zentrale rechtsstaatliche und menschenrechtliche Grundlagen.

**Die SBAA lehnt diese Vorlage daher entschieden ab und spricht sich klar für ein NEIN aus.**

Marília Mendes  
Vorstandsmitglied SBAA

## Danksagung ... an unsere Unterstützer:innen

Auch in diesem Jahr gilt unser besonderer Dank den über **200 langjährigen Vereinsmitgliedern und privaten Spender:innen**. Mit ihrer treuen Unterstützung tragen sie wesentlich dazu bei, dass wir unsere Arbeit fortführen können. Darüber hinaus durften wir erneut auf die grosszügige Unterstützung zahlreicher Organisationen, Kirchen und Stiftungen zählen:

*Reformierte Kirche Kanton Zürich, Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn, Johann Paul Stiftung, Stiftung Corymbo, Ernst Göhner Stiftung, Stiftung Érgata, Stiftung Temperatio sowie weitere.*

### ...an unsere Mitglieder des Vorstands

Ruth-Gaby Vermot (Präsidentin), Bern  
Andrea Grossenbacher, Bern

Marília Mendes, Biel  
Monia Müller, Bern

... sowie neu seit 2025 Julia Bischofberger, Zürich

Unser Dank gilt auch den ehrenamtlichen Mitgliedern des Vorstands, die die Tätigkeiten der SBAA massgeblich mitverantworten. Durch ihre Mitarbeit in fünf Vorstandssitzungen, in den Arbeitsgruppen zum Fachbericht und zur Integration von SBAA und ZiAB sowie durch ihre Unterstützung im Fundraising und bei rechtlichen sowie politischen Analysen haben sie die inhaltliche und strategische Ausrichtung der SBAA entscheidend mitbestimmt.

### ... an unsere Mitglieder des Unterstützungskomitees

Mustafa Atici, Basel  
Martine Brunschwig Graf, Genf  
Cécile Bühlmann, Luzern  
Dominique de Werra, Lausanne  
Ruth Dreifuss, Genf  
Balthasar Glättli, Zürich  
Vreni Hubmann, Zürich  
Walter Kälin, Bern  
Marlies Kornfeld, Bern  
Georg Kreis, Basel  
Anni Lanz, Basel  
Samira Marti, Baselland

Jean Martin, Echandens  
Liliane Maury Pasquier, Genf  
Marco Mona, Zürich  
Giusep Nay, Valbella  
Osman Osmani, Schaffhausen  
Katharina Prelicz-Huber, Zürich  
Luc Recordon, Lausanne  
Antoine Reymond, Lausanne  
Claude Ruey, Nyon  
Paul Schneider, Ste-Croix  
Jean-Christophe Schwaab, Rieux

Ihnen danken wir für die ideelle Unterstützung unserer Arbeit.

# Bilanz

Jahresrechnung 2025  
in CHF

<b>AKTIVEN</b>	<b>2025</b>	<b>2024</b>
<b>Umlaufvermögen</b>		
Postfinance	129'756	170'906
PostFinance zweckgebunden	14'348	14'429
Kasse	262	99
<i>Total Liquide Mittel</i>	<b>144'366</b>	<b>185'434</b>
Debitoren	3'500	700
Kontokorrent Projekt ZiAB	3'364	2'808
Transitorische Aktiven	3'467	1'795
<i>Total Umlaufvermögen</i>	<b>154'697</b>	<b>190'736</b>
<b>Anlagevermögen</b>		
Mobiliar Einrichtungen und Installationen	50	100
<i>Total Anlagevermögen</i>	<b>50</b>	<b>100</b>
<b>TOTAL AKTIVEN</b>	<b>154'747</b>	<b>190'836</b>
<b>PASSIVEN</b>		
<b>Fremdkapital</b>		
Verbindlichkeiten / Kreditoren	7'300	412
<i>Total Kurzfristiges Fremdkapital</i>	<b>7'300</b>	<b>412</b>
Rückstellungen Sekretariat	-	8'000
Fonds Öffentlichkeitsarbeit	10'000	25'000
Fonds Infrastruktur	30'000	47'700
<i>Total Langfristiges Fremdkapital</i>	<b>40'000</b>	<b>80'700</b>
<b>TOTAL FREMDKAPITAL</b>	<b>47'300</b>	<b>81'112</b>
<b>Eigenkapital</b>		
Vereinskapital	29'785	32'542
Fonds Zweckgebunden	14'939	14'939
Fonds Organisationskapital	65'000	65'000
<b>Gewinn / Verlust (-)</b>	<b>-2'277</b>	<b>-2'757</b>
<i>Eigenkapital per 31. Dezember 2025</i>	<b>107'447</b>	<b>109'724</b>
<b>TOTAL PASSIVEN</b>	<b>154'747</b>	<b>190'836</b>

Jahresrechnung 2025  
in CHF

# Erfolgsrechnung

<b>ERTRAG</b>	<b>2025</b>	<b>2024</b>
Mitgliederbeiträge	17'280	20'985
Mitgliederbeiträge Organisationen	1'920	1'000
Beiträge Dokumentation	41'030	-
Beiträge Organisationsentwicklung	20'000	-
Beiträge Öffentlichkeitsarbeit	3'300	789
Einnahmen Overhead ZiAB	3'593	4'000
Einnahmen Projekt Bildung	-	2'834
Spenden	45'656	52'531
Spenden Fachbericht	-	20'000
Spenden Organisationen Stiftungen	19'100	49'200
Spenden kirchliche Organisationen	2'825	8'229
Abo Publikationen	190	-
Diverse Erträge (Organisation ZiAB)	4'154	-
<b>TOTAL ERTRAG</b>	<b>159'048</b>	<b>159'568</b>
<b>AUFWAND</b>		
Löhne (Geschäftsstelle / Praktikum)	110'400	89'431
Sozialleistungen	15'350	16'792
Sonstiger Personalaufwand	710	918
<i>Total Personalaufwand</i>	<b>125'460</b>	<b>107'141</b>
Büromiete	7'758	8'400
Administrationsaufwand	3'651	3'237
Aufwand Dritte (Revision)	1'678	7'477
IT-Infrastruktur	2'479	6'044
Öffentlichkeitsarbeit & Publikationen	18'921	29'069
Vereinsaufwand	1'328	856
Abschreibungen	50	100
<i>Total übriger Betriebsaufwand</i>	<b>35'865</b>	<b>55'183</b>
<b>TOTAL AUFWAND</b>	<b>161'325</b>	<b>162'324</b>
<b>Gewinn/Verlust</b>	<b>-2'277</b>	<b>-2'757</b>

**Wir freuen uns über Spenden an:**

CH70 0900 0000 6026 2690 6  
Schweizerische Beobachtungstelle  
für Asyl- und Ausländerrecht  
Hallerstasse 58, 3012 Bern

oder per Twint

**Jetzt mit TWINT  
spenden!**



QR-Code mit der  
TWINT App scannen



Betrag und Spende  
bestätigen



(bitte geben Sie Ihre Kontaktdaten an, sollten Sie eine  
Spendenbescheinigung wünschen)